

Mehr Abstand beim Osterfeuer

Satzungsreform scheint Mehrheit zu finden

UNNA ■ Die Regelungen für Oster- und andere Brauchtumsfeuer sollen in Unna präzisiert und in Teilen verschärft werden. Die Satzungsänderung ist umstritten, scheint aber eine Mehrheit zu finden.

Von den 66 Osterfeuern, die die Stadt zuletzt genehmigt hatte, dürften nach der Satzungsänderung fünf oder sechs zumindest in der bisherigen Form nicht mehr zulässig sein. Nur eines davon – das im Mühlhausener Osterfeld – sei eine öffentliche Veranstaltung, die übrigen im privaten Bereich von Nachbarschaften oder Vereinen angesiedelt, so Ordnungsamtsleiter Wolfgang Rickert.

Eine Überarbeitung der Satzung war im Rathaus schon seit Längerem geplant, aber zunächst am Personalengpass gescheitert. Besondere Aktualität hatte das Thema in diesem Jahr erlangt, als ein Bürger nach dem Osterfeuer in Mühlhausen Schäden an den angrenzenden Bäumen festgestellt hatte. Das Feuer war ihnen offenbar zu nah gekommen.

Die Überarbeitung der Satzung soll klare Vorgaben schaffen. 100 Meter Abstand zu Wäldern, Naturschutzgebieten, Naturdenkmälern oder geschützten Landschaftsbestandteilen sind geboten, aber auch 25 Meter Abstand zu Einzelbäumen.

Auch die Höhe des Holzhauens ist mit maximal 3,50 Euro klar beschränkt. Bei Satzungsverstößen drohen nun Strafge­lder von 5000 Euro.

Kritik am Entwurf kam im zuständigen Fachausschuss „vom Lande“. Hemmerdes Ortsvorsteher Klaus Tibbe (SPD) und der Lünerner Ratsherr Werner Clodt (CDU) warnten eindringlich davor, dass der Brauch des Osterfeuers abgeschafft werden könne. Tibbe beklagte zudem eine Bevormundung der Bürger durch zu akribische Regelungen, erntete aber bei FLU-Mann Michael Schwering gleich den Hinweis, dass die SPD den Bürgern beim verwandten Thema der Baumschutzsatzung doch auch nicht so viel Verantwortung überträgt.

Das Thema ist selbst innerhalb der Fraktionen umstritten. Im Fachausschuss etwa kamen aus den Reihen der SPD Stimmen für und gegen die Satzungs­novelle sowie eine Enthaltung. Unterm Strich zeichnete sich eine Mehrheit ab, die aber im Dezember noch vom Stadtrat bestätigt werden muss.

Ordnungsamtsleiter Wolfgang Rickert betont indes, dass es seiner Behörde nicht darum gehe, die Brauchtumspflege zu unterbinden. Wo Veranstalter Veränderungen vornehmen müssen, biete sie sich als „kooperativer Partner“ an. ■ ska